

Jagdverband greift Bund Naturschutz an

Es geht um die Jagdrechtsnovelle und die Forderung, verstärkt Schalenwild zu bejagen

Altötting. Die Jägerinnen und Jäger der Kreisgruppe Altötting des Bayerischen Jagdverbandes wehren sich gegen die vom Bund Naturschutz zusammen mit dem Ökologischen Jagdverband geforderte verstärkte Bekämpfung des Rehwildes, über die die Heimatzeitung in der Mittwochs Ausgabe berichtet hat. Sie werten es als Versuch, den im Grundgesetz als Staatsziel verankerten Tierschutz auszuhebeln. Auf Kritik stößt auch das Vorhaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums, im Rahmen der Novelle des Bundesjagdgesetzes beim Rehwild Mindestabschusszahlen einzuführen und die Obergrenzen aufzuheben. So werde die Jagd zur Schädlingsbekämpfung herabgestuft und der Respekt vor der Kreatur preisgegeben, sagt Ludwig Unterstaller, 1. Vorsitzender der Kreisgruppe Altötting, laut einer aktuellen Pressemitteilung der Kreisgruppe. Der Zoologe Prof. Dr. Josef H. Reichholf habe schon in den Neunzigern herausgefunden, dass diese Anti-Wild-Politik das Ziel völlig verfehle.

Über viele Jahre sei die Buche von Menschenhand aus dem Wald „herausgepflegt“ worden und Förster und Waldbauern hätten auf die schnellwachsende und lukrative Fichte und Kiefer gesetzt. „Es war der Mensch, der die natürlich gemischte Waldstruktur zugunsten wirtschaftlichen Profits verändert hat. Und jetzt soll laut den Vorschlägen zum Bundesjagdgesetz das Reh für diese vom Menschen verursachte Entwicklung mit dem Leben bezahlen?“, fragt Unterstaller.

Selbstverständlich sei den im Bayerischen Jagdverband organisierten Jägern und Revierpächtern ihre Verantwortung beim Waldumbau bewusst. „Wir Jäger arbeiten seit jeher eng mit den Jagdgenossen zusammen, die uns ihr Jagdrecht verpachten. Wenn sie eine stärkere Bejagung in sensiblen Bereichen wünschen, gehen wir natürlich darauf ein“, erklärt Herbert Richly, 2. Vorsitzender der Altöttinger Jäger. Aber solange es Rehe gebe, könne man Verbiss- und Fegeschäden nicht völlig ausschließen. Das gehe nur dann, wenn es keine wildlebenden Tiere mehr gibt. Die Bauern als Partner der Jäger wüssten, dass mit der fortschreitenden Abknall-



Ludwig Unterstaller und der Jagdverband im Landkreis Altötting weigern sich, Rehe als Schädlinge zu sehen. Ihnen geht es um ein Miteinander von Wald und Wild. Deshalb attackieren sie jetzt heftig den Bund Naturschutz und dessen gemeinsame Aktivitäten mit dem Ökologischen Jagdverband.

– Fotos: ANA

praxis nicht nur Jäger einen irreversiblen Imageschaden erleiden würden, sondern vor allem auch sie selbst, wenn sie in der Bevölkerung als Rehhasser wahrgenommen würden.

Dass die Abschusszahlen von Rehen immer nur erhöht und weiter erhöht werden sollen, lehnt auch Kreisjagdberater Alfred Hammerl ab und beruft sich dabei auf wissenschaftliche Erkenntnisse. „Das Waldbau-Modell allein durch Abschuss von Schalenwildarten ist gescheitert. Biologen stellten fest, dass ein Maßnahmenpaket von zum Beispiel kürzeren Jagdzeiten, Verhinderung von Störungen, Anlage von Nahrungsflächen für das Wild usw. sowohl dem Wald als auch dem Wild helfen“, führt Hammerl weiter aus.

Die Jägerschaft bemühe sich nach Kräften, die amtlichen Abschusspläne zu erfüllen. In vielen Revieren seien inzwischen aber die Bestände so verringert, dass die Abschusszahlen nicht mehr erreichbar seien, obwohl im Landkreis Altötting im Vegetationsgutachten bis auf eine Fläche allen Hegegemeinschaften bescheinigt wurde, dass der Verbiss durch Rehwild zumindest tragbar sei. Zahlreiche ökologische Studien hätten in letzter Zeit dargelegt,

dass weder die Verjüngungsdichte noch die Baumartenvielfalt mit den Rehwildbeständen zusammenhängen, sagt Hammerl.

„Wenn ein Kahlschlag neu bepflanzt wird, dann wird man um Einzelschutz und in einigen Fällen um Zäune kaum herumkommen“, sagt Herbert Richly. Verantwortungsvolle Waldbauern wüssten, dass und wie sie ihre Pflänzchen schützen müssen – nicht nur vor Rehen, sondern auch vor dem selten gewordenen Feldhasen und vor Mäusen. „Seit Generationen können unsere Bauern den Schutz ihrer Pflanzkulturen bewerkstelligen. Wer ihnen jetzt einredet, dass sie sich diesen Aufwand sparen können, hat ausschließlich ökonomische Interessen im Sinn.“

Tierschutz sei auch im Grundgesetz als Staatsziel verankert und zum Tierschutz gehöre das Prinzip, dass für die Tötung eines Tieres ein vernünftiger Grund vorliegen müsse, zum Beispiel Nahrungserwerb. „Rein ökonomische Interessen sind für uns waidgerechte Jäger kein Grund zum Töten, wenn eine Baumplantage mit vergleichsweise geringen Mitteln auch anders und besser geschützt werden kann. Nur weil manche Waldbesitzer und Forsten mit geringstem finanziellem Aufwand

ihre Fehler beheben wollen, ist es nicht zulässig, die Jagd zur Schädlingsbekämpfung zu degradieren“, betont Ludwig Unterstaller. Die Bevölkerung wolle einen klimastabilen, natürlichen Wald mit den dort lebenden Wildtieren, der Erholung biete und keine industrielle Holzproduktionsfläche, die maximal auf wirtschaftliche Belange ausgerichtet ist.

Dass sich Naturschutzverbände in der Rehwildfrage mit dem sogenannten ökologischen Jagdverein zusammenschließen, lasse tief blicken. Zu dessen Namen habe der international anerkannte Ökologe Prof. Dr. Friedrich Reimoser festgestellt, dass dieser nur rein forstliche Ziele vertrete und den Blick für das Ökosystem Wald eingebüßt habe, in dem Wildtiere ein integraler Bestandteil seien. „Hier zeigt sich, dass leider auch der Bund Naturschutz von Forstwirten dominiert wird und nicht von Biologen.“ Es sei ein Armutszeugnis, wenn ausgerechnet Naturschützer auf einzelne Tierarten wie das Reh losgehen und dessen Tötung fordern, statt sich für Ruhe- und Äsungszonen auszusprechen, die für Rehe attraktiver sind als Naturverjüngungsflächen im Wald.

„Zur Jagd gehört das Töten. Wir nennen das Erlegen“, sagt Ludwig Unterstaller. „Hier haben die Jäger eine hohe Verantwortung, dass dies tierschutzgerecht geschieht und unter der Maßgabe des Bundesjagdgesetzes, dass ein gesunder Wildbestand aller heimischen Tierarten in angemessener Zahl erhalten bleibt.“ Diesem Anspruch werde der Entwurf des Bundesjagdgesetzes nicht gerecht. Unterstaller verweist beispielhaft auf die Haltung der Naturschutzverbände zum Wolf. „Sie würden keine Reduktion der Wolfspopulation auf ein Niveau billigen, welches Schafhaltung ohne Schutzmaßnahmen erlaubt.“ Sie wollen Nutztierrhalter entschädigen. „Warum die selbst ernannten Naturschützer dann bei Rehen eine so gegensätzliche Position einnehmen, ist mir schleierhaft. Die Bevölkerung ist hier inzwischen stark sensibilisiert und wird das kaum verstehen“, ist der Kreisgruppen-Vorsitzende überzeugt.

– red